No. 37778

Austria
and
Russian Federation

Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Russian Federation on cooperation regarding voluntary payments by the Republic of Austria to former slave labourers and forced labourers of the National Socialist regime. Vienna, 27 November 2000

Entry iuto force: *15 December 2000 by notification, in accordance with article 9*

Authentic texts: *German and Russian*

Registration with the Secretariat of tbe United Nations: *Austria, 23 October 2001*

Autriche
et
Fédération de Russie

Accord de coopération entre le Gouvernement de la République d'Autricbe et le Gouvernement de la Fédération de Russie concernant les paiements volontaires par la République d'Autriche à des personnes autrefois contraintes à l'esclavage et au travail forcé par le régime national-socialiste. Vienne, 27 novembre 2000

Entrée eu vigueur : *15 décembre 2000 par notification, conformément à l'article 9*

Textes autbentiques : *allemand et russe*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 23 octobre 2001*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER ÖSTERREICHISCHEN BUNDESREGIERUNG UND DER REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION ÜBER

DIE ZUSAMMENARBEIT BEI DEN FREIWILLIGEN LEISTUNGEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH AN EHEMALIGE SKLAVEN- UND ZWANGSARBEITER DES NATIONALSOZIALISTISCHEN REGIMES

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION,

im folgenden „die Vertragsparteien" genannt,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Diktatur des Nationalsozialismus und der Krieg den Fremdenhass, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und daß der Völkermord an slawischen und anderen Völkern, die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen,

VON DEM WUNSCHE GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben,

IN DER ERKENNTNIS, daß durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

ARTIKEL 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds" den durch österreichisches Bundesgesetz (BGBl. I Nr. 74/2000 vom 8. August 2000) eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Stiftung" die von der Regierung der Russischen Föderation gegründete Stiftung „Verständigung und Aussöhnung" der Russischen Föderation.

ARTIKEL 2

Gegenstand des Abkommens

Die österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von ÖS 725 Millionen über die Stiftung einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Russischen Föderation, Litauen oder Lettland hatten. Dies gilt auch für Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Ukraine, Belarus, Estland und Moldau, wenn sie aus dem Gebiet der heutigen Russischen Föderation, Litauens oder Lettlands deportiert wurden.

ARTIKEL 3

Grundsätze für den Empfang von Leistungen

(1) Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insoferne sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

a) Sklavenarbeiter (ÖS 105.000),

b) Zwangsarbeiter in der Industrie (ÖS 35.000),

c) Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (ÖS 20.000),

d) mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des 12. Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern), und

e) weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich ÖS 5.000),

die im Zeitpunkt ihrer Deportation sowjetische Staatsbürger waren und am 15. Fehruar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Russischen Föderation, Litauen oder Lettland hatten, ebenso Personen mit heutigem ständigen Wohnsitz in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion mit Ausnahme der Ukraine, Belarus, Estland und Moldau, wenn sie aus dem Gebiet der heutigen Russischen Föderation, Litauens oder Lettlands deportiert wurden.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und ausdrücklich zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Stiftung befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach russischem Recht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, dass auf die Geltendmachung von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit während des nationalsozialistischen Regimes

gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(4) Die österreichische Bundesregierung und die Regierung der Russischen Föderation informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

ARTIKEL 4

Grundsätze für die Erbringung der Leistung

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch die Stiftung. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist aufgrund der von der Stiftung übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto der Stiftung, das die Regierung der Russischen Föderation der österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Die Regierung der Russischen Föderation verpflichtet sich, Leistungen nach diesem Abkommen von allen Abgaben, Steuern und Gebühren entsprechend dem russischen Recht zu befreien, die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben und insbesondere keine Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen herbeizuführen, die in der Russischen Föderation gewährt werden.

(4) Die Stiftung wird dafür Sorge tragen, daß Personen, deren Anträge auf Leistungen sie abgewiesen hat, die Möglichkeit eingeräumt wird, eine Beschwerde gegen diesen Beschluß bei der Beschwerdestelle einzulegen.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung der Stiftung vorzusehen,

deren Auswahl im Einvernehmen zwischen Fonds und Stiftung zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung durch die Stiftung ist Vorsorge zu treffen, dass die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und der Stiftung zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der bei der Stiftung entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicherzustellen, daß es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" der Bundesrepublik Deutschland, als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

ARTIKEL 5

Datenschutz

(1) Der Fonds und die Stiftung sind berechtigt, von den jeweiligen Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen des Fonds oder der Stiftung überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

ARTIKEL 6

Vertretung

(1) Die Regierung der Russischen Föderation kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Russischen Föderation wird dafür Sorge tragen, daß vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten der Stiftung, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

ARTIKEL 7

Rechtssicherheit

Die Russische Föderation wird weitere Forderungen ihrer Staatsbürger gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

ARTIKEL 8

Anträge früherer sowjetischer und russischer oder heutiger russischer Staatsbürger außerhalb des Abkommens

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer sowjetischer und russischer oder heutiger russischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

ARTIKEL 9

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 27. November 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG	FÜR DIE REGIERUNG DER RUSSISCHEN FÖDERATION
Dr. Wolfgang Schüssel	Igor Iwanow

[RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]

СОГЛАШЕНИЕ

между Правительством Австрийской Республики и Правительством Российской Федерации

о сотрудничестве в осуществлении Австрийской Республикой добровольных выплат лицам, привлекавшимся национал-социалистским режимом к рабскому и принудительному труду

Правительство Австрийской Республики и Правительство Российской Федерации, именуемые в дальнейшем Сторонами,

сознавая, что диктатура национал-социализма и война принесли ненависть к иностранцам, отсутствие свободы, расизм, нетерпимость и массовые убийства, привели к геноциду славянских и других народов, беспрецедентным и невиданным по своей чудовищности преступлениям холокоста, что обязывает к постоянной бдительности в отношении всех форм диктатуры и тоталитаризма,

будучи убежденными в том, что только справедливость и примирение могут обеспечить прочную стабильность, мирное и безопасное сосуществование, а также в том, что знание и обостренное восприятие структур и механизмов противоправной системы национал-социализма должны послужить предостережением для будущих поколений,

руководствуясь желанием наладить сотрудничество между Сторонами с целью решения вопроса об осуществлении выплат лицам, привлекавшимся национал-социалистским режимом к рабскому и принудительному труду на территории нынешней Австрийской Республики, путем добровольного взноса Австрийской Республики с учетом ответственности имевших к этому отношение компаний,

признавая, что указанные добровольные выплаты Австрийской Республики являются существенным вкладом в дело примирения, мира и взаимопонимания народов Европы,

согласились о нижеследующем:

Статья 1
Определение понятий

Понятия, используемые в настоящем Соглашении, означают следующее:

1) "Австрийский фонд" - Фонд по добровольным выплатам Австрийской Республики лицам, привлекавшимся национал-социалистским режимом к рабскому и принудительному труду (Фонд примирения), образованный в соответствии с австрийским федеральным законом, опубликованным в Бюллетене федеральных законов, часть I, №74/2000 от 8 августа 2000 г.;

2) "Российский фонд" - Фонд взаимопонимания и примирения Российской Федерации, образованный Правительством Российской Федерации.

Статья 2
Предмет Соглашения

Правительство Австрийской Республики обеспечит выплату единовременных денежных сумм Австрийским фондом через Российский фонд в максимальном объеме 725 млн. австрийских шиллингов депортированным национал-социалистским режимом на территорию нынешней Австрийской Республики и привлекавшимся к рабскому и принудительному труду лицам, которые в момент депортации являлись гражданами СССР и по состоянию на 15 февраля 2000 г. имели постоянное место жительства в Российской Федерации, Литве или Латвии.

Это относится также к лицам, имеющим в настоящее время постоянное место жительства в одной из бывших республик Советского Союза, кроме Украины, Белоруссии, Эстонии и Молдавии, если они были депортированы с территории нынешней Российской Федерации, Литвы или Латвии.

Статья 3
Условия получения выплат

1. Получателями выплат являются депортированные национал-социалистским режимом на территорию нынешней Австрийской Республики и привлекавшиеся к рабскому и принудительному труду лица, если они не могут получить выплаты в качестве привлекавшихся к рабскому и принудительному труду от Фонда Федеративной Республики Германия "Память, ответственность и будущее", а именно:

а) привлекавшиеся к рабскому труду (105 000 австрийских шиллингов);

б) подневольные рабочие в промышленности (35 000 австрийских шиллингов);

в) подневольные работники в сельском хозяйстве (20 000 австрийских шиллингов);

г) угнанные с ними дети в возрасте до 12 лет и дети, родившиеся в период привлечения их матерей к принудительному труду на территории нынешней Австрийской Республики (в соответствии с категорией выплат для их родителей);

д) занятые на принудительных работах женщины, которым пришлось рожать детей в специально отведенных для них нацистами родильных домах или произвести в принудительном порядке искусственное прерывание беременности (дополнительно - 5 000 австрийских шиллингов),

если эти лица в момент депортации являлись гражданами СССР и по состоянию на 15 февраля 2000 г. имели постоянное место жительства в Российской Федерации, Литве или Латвии, а также лица, имеющие в настоящее время постоянное место жительства в одной из бывших республик Советского Союза, кроме Украины, Белоруссии, Эстонии и Молдавии, если они были депортированы с территории нынешней Российской Федерации, Литвы или Латвии.

2. Ходатайство о получении выплат должно быть подано лично заявителем в ясно выраженной форме. Лица, в отношении которых у Российского фонда имеется полная и проверенная документация об их привлечении к рабскому и принудительному труду, не обязаны вновь подавать ходатайство о получении выплат. Если лицо, имеющее право на выплаты, скончалось 15 февраля 2000 г. или после указанной даты, вместо него выплаты получают его наследники в соответствии с законодательством Российской Федерации.

3. Право на получение выплат должно быть обосновано заявителем путем предъявления документов или иным заслуживающим доверия образом. При получении выплат необходимо сделать заявление об окончательном отказе от предъявления дальнейших претензий к Австрийской Республике и австрийским компаниям, а также к Федеративной Республике Германия и германским компаниям в связи с использованием национал-социалистским режимом рабского и принудительного труда. Право на получение выплат в соответствии с настоящим Соглашением через суд не используется.

4. Правительство Австрийской Республики и Правительство Российской Федерации дополнительно проинформируют друг друга относительно урегулирования деталей по вопросам получения и размера выплат.

Статья 4
Условия осуществления выплат

1. Выплата средств, выделенных Австрийским фондом, осуществляется через Российский фонд. Средства Австрийского фонда перечисляются по мере необходимости и в максимально сжатые сроки на основании переданных Российским фондом и подвергнутых выборочной проверке Австрийским фондом списков лиц, отвечающих условиям, необходимым для получения выплат, в соответствии с категориями, указанными в пункте 1 статьи 3 настоящего Соглашения.

2. Платежи осуществляются в конвертируемой валюте и переводятся на счет Российского фонда, реквизиты которого будут сообщены Правительством Российской Федерации Правительству Австрийской Республики.

3. Правительство Российской Федерации берет на себя обязательство в соответствии с законодательством Российской Федерации освободить выплаты, осуществляемые в соответствии с настоящим Соглашением, от обложения сборами, налогами и пошлинами, передать эти выплаты по назначению без каких-либо отчислений и не допустить сокращения выплат и льгот, предоставляемых соответствующим лицам в Российской Федерации по линии социального обеспечения, здравоохранения и в других областях.

4. Российский фонд предоставит лицам, чьи ходатайства о получении выплат были им отклонены, возможность обжаловать это решение в Кассационной комиссии.

5. В интересах максимальной открытости при решении вопросов, связанных с реализацией настоящего Соглашения, предусматривается проведение соответствующих регулярных проверок Российского фонда международными аудиторскими фирмами, которые привлекаются по

договоренности между Австрийским фондом и Российским фондом. Возникающие в этой связи расходы оплачиваются Австрийским фондом.

6. При осуществлении выплат Российским фондом принимаются меры для широкого ознакомления общественности и конкретных получателей относительно целей предоставления Австрийской Республикой этих средств.

7. Конкретные вопросы, связанные с осуществлением выплат, регулируются соглашениями между Австрийским фондом и Российским фондом. В этих соглашениях должен быть урегулирован и вопрос о соответствующем возмещении затрат Российского фонда на оплату работы сотрудников и текущих расходов за счет средств Австрийского фонда.

При этом исключаются двойные выплаты лицам, привлекавшимся к рабскому и принудительному труду как в сфере ответственности Фонда Федеративной Республики Германия "Память, ответственность и будущее", так и в сфере ответственности Австрийского фонда.

Статья 5
Защита личных данных

1. Австрийский фонд и Российский фонд имеют право запрашивать информацию у государственных и общественных учреждений соответственно Австрийской Республики и Российской Федерации, необходимую для выполнения ими своих задач. В предоставлении информации может быть отказано, если это противоречит положениям соответствующих законов, а также если, несмотря на заинтересованность Австрийского фонда и Российского фонда в получении такой информации, необходимо сохранить в тайне не подлежащие оглашению сведения о соответствующих лицах.

2. Полученная информация может быть использована только в целях выполнения настоящего Соглашения, а личные данные заявителей - только в рамках процедур, необходимых для осуществления выплат. Использование этих данных в иных целях допустимо лишь с ясно выраженного согласия заявителя.

Статья 6
Представительство

1. Правительство Российской Федерации может направить своего представителя в Попечительский совет Фонда примирения в качестве его члена.

2. Правительство Российской Федерации обеспечит возможность ознакомления назначаемых Австрийским фондом лиц с работой Российского фонда, имеющей отношение к осуществлению настоящего Соглашения.

Статья 7
Правовые гарантии

Российская Федерация не будет предъявлять, представлять и поддерживать дополнительные требования своих граждан к Австрийской Республике или австрийским компаниям, связанные с использованием национал-социалистским режимом рабского и принудительного труда на территории нынешней Австрийской Республики.

Статья 8
Ходатайства бывших советских и российских или нынешних российских граждан вне рамок настоящего Соглашения

Настоящее Соглашение не затрагивает права бывших советских и российских граждан или нынешних российских граждан, не подпадающие под действие настоящего Соглашения, подавать ходатайства непосредственно в Австрийский фонд.

Статья 9
Вступление в силу

Настоящее Соглашение вступает в силу с даты получения последнего письменного уведомления о выполнении Сторонами внутригосударственных процедур, необходимых для его вступления в силу.

Совершено в г.Вене 27 ноября 2000 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО АВСТРИЙСКОЙ РЕСПУБЛИКИ

Dr. Wolfgang Schüssel

ЗА ПРАВИТЕЛЬСТВО РОССИЙСКОЙ ФЕДЕРАЦИИ

Igor Iwanow

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND THE GOVERNMENT OF THE RUSSIAN FEDERATION ON COOPERATION REGARDING VOLUNTARY PAYMENTS BY THE REPUBLIC OF AUSTRIA TO FORMER SLAVE LABOURERS AND FORCED LABOURERS OF THE NATIONAL SOCIALIST REGIME

The Austrian Federal Government and the Government of the Russian Federation, hereinafter referred to as "the Contracting Parties",

Recognizing that the dictatorship of National Socialism and war resulted in xenophobia, lack of freedom, racism, intolerance and mass murder and that the genocide against Slavic and other peoples and the unique nature and incomparability of the crime of the Holocaust are a warning to maintain constant vigilance against all forms of dictatorship and totalitarianism,

Convinced that lasting stability and peaceful and safe coexistence can be ensured only through justice and reconciliation and that the knowledge and awareness of the structures and mechanisms of the National Socialist system of Injustice must be passed on to coming generations as a warning for the future,

Guided by the desire to engender cooperation between the Contracting Parties in order to give former slave labourers and forced labourers of the National Socialist regime in the territory of the present-day Republic of Austria a voluntary payment by the Republic of Austria with account taken of the responsibility of the enterprises concerned,

Recognizing that these voluntary payments by the Republic of Austria constitute an essential contribution to reconciliation, peace and understanding among peoples in Europe,

Have agreed as follows:

Article 1. Definitions

For the purposes of this Agreement

1. The term "Fund" means the Fund for Voluntary Payments by the Republic of Austria to Former Slave Labourers and Forced Labourers of the National Socialist Regime (Reconciliation Fund), established under Austrian federal law (Federal Law Gazette, Part I, No. 74/2000 of 8 August 2000).

2. The term "Foundation" means the Foundation "Understanding and Reconciliation" of the Russian Federation, established by the Government of the Russian Federation.

Article 2. Subject of the Agreement

The Austrian Federal Government shall enable the Fund to make one-time financial contributions in the maximum amount of 725 million Austrian schillings through the foundation to natural persons who were deported by the National Socialist regime to the territory of the present-day Republic of Austria and coerced into slave labour or forced labour,

at the time of their deportation were Soviet nationals and on 15 February 2000 had their permanent residence in the Russian Federation, Lithuania or Latvia. This shall also apply to persons whose present permanent residence is in former constituent republics of the Soviet Union, except for Ukraine, Belarus, Estonia and Moldavia, if they were deported from the territory of the present-day Russian Federation, Lithuania or Latvia.

Article 3. Principles for the receipt of payments

1. Former slave labourers or forced labourers deported by the National Socialist regime to the territory of the present-day Republic of Austria shall be considered payment recipients if they are unable to obtain payments in connection with slave labour or forced labour from the Foundation "Remembrance, Responsibility and the Future" of the Federal Republic of Germany, namely:

(a) Slave labourers (105,000 Austrian schillings),

(b) Forced labourers in industry (35,000 Austrian schillings),

(c) Forced labourers in agriculture (20,000 Austrian schillings),

(d) Accompanying children and minors deported prior to completion of the twelfth year of age and children who were born during the period of forced labour of their mothers in the territory of the present-day Republic of Austria (each in accordance with the category of the parents), and

(e) Female forced labourers who gave birth to children in eastern-worker maternity homes or were forced to terminate their pregnancy (an additional 5,000 Austrian schillings), who at the time of their deportation were Soviet nationals and on 15 February 2000 had their permanent residence in the Russian Federation, Lithuania or Latvia, as well as persons whose present permanent residence is in former constituent republics of the Soviet Union, except for Ukraine, Belarus, Estonia and Moldavia, if they were deported from the territory of the present-day Russian Federation, Lithuania or Latvia.

2. Payments shall be strictly personal and must be applied for as such. Persons whose complete and verified documents concerning the slave labour or forced labour performed by them are in the possession of the foundation shall not be obliged to submit further applications for payments. If a person entitled to a payment died on or after 15 February 2000, his heirs under Russian law shall succeed to the entitlement.

3. The applicant shall prove through documentation or otherwise establish as credible eligibility for payment. When a payment is received, a declaration shall be made that the advancing of any claim against the Republic of Austria and Austrian enterprises or against the Federal Republic of Germany and German enterprises for slave labour or forced labour under this Agreement is irrevocably renounced. A legal claim to payments under this Agreement shall not exist.

4. The Austrian Federal Government and the Government of the Russian Federation shall separately inform one another about the details of the arrangement for the receipt and size of payments.

Article 4. Principles for the awarding of payments

1. The payment of funds made available by the Fund shall be carried out through the Foundation. The funds of the Fund shall be granted according to need within the shortest possible period of time on the basis of the list of persons who fulfil the payment requirements transmitted by the Foundation and checked on a random basis by the Fund in accordance with the categories referred to in article 3, paragraph 1.

2. The payments shall be made in convertible currency (foreign currency) into the Foundation's account, the requisite information on which shall be provided by the Government of the Russian Federation to the Austrian Federal Government.

3. The Government of the Russian Federation shall undertake to exempt the payments under this Agreement from all duties, taxes and fees in accordance with Russian law to transmit the payments without deductions and, in particular, not to reduce the benefits of eligible persons in social security system, the health-care sector or other areas that are provided in the Russian Federation.

4. The Foundation shall see to it that persons whose payment applications it has rejected have the possibility to appeal that decision with its appeals board.

5. In the interest of the greatest possible transparency in the implementation of this Agreement, an appropriate periodic international business audit of the Foundation shall be provided for, the selection of which shall be made by agreement between the Fund and the Foundation. The resulting costs shall be assumed by the Fund.

6. In the awarding of payments through the Foundation, measures shall be taken to ensure that the Austrian source of the funds and the purpose of the payments are appropriately emphasized to the eligible persons and the public.

7. The details for the awarding of payments shall be set forth in agreements between the Fund and the Foundation. The assumption of the appropriate coverage of the personnel and non-personnel costs incurred by the Foundation through funds from the Fund shall also be governed by these agreements. Steps shall continue to be taken to ensure that there are no duplicate payments in connection with slave labour and forced labour which were performed partially in both the area of competence of the Foundation "Remembrance, Responsibility and the Future" of the Federal Republic of Germany as well as that of the Fund.

Article 5. Data protection

1. The Fund and the Foundation shall be entitled to obtain from the respective authorities and other public institutions the information that is necessary to carry out their tasks. Information shall not be provided if special legal provisions prohibit this or if secrecy interests of the person concerned that merit protection outweigh the legitimate information interests of the Fund or the Foundation.

2. The information received may be used only for achieving the purposes of this Agreement, and the personal data of an applicant may be used only for the procedure for awarding a payment. The use of these data for other purposes shall be permissible if the applicant has given his express consent.

Article 6. Representation

1. The Government of the Russian Federation may send a representative as a member to the Reconciliation Fund's Board of Trustees to serve as a member.

2. The Government of the Russian Federation shall see to it that the persons to be appointed by the Fund are permitted to familiarize themselves with the work of the foundation that is related to the implementation of this Agreement.

Article 7. Legal security

The Russian Federation shall not advance, advocate or support further claims by its nationals against the Republic of Austria or Austrian enterprises in connection with former slave labour or forced labour under the National Socialist regime in the present-day territory of the Republic of Austria.

Article 8. Applications by former Soviet and Russian or present-day Russian nationals outside the framework of the Agreement

This Agreement shall not affect the possibility of former Soviet and Russian or present-day Russian nationals who do not come under this Agreement to submit applications directly to the Fund.

Article 9. Entry into force

This Agreement shall enter into force on the date on which the last written notification has been received through which the Contracting Parties have informed one another about the fulfilment of the domestic requirements for the entry into force of the Agreement.

Done at Vienna, on 27 November 2000, in two original copies, each in the German and Russian languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal Government:

DR. WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Government of the Russian Federation:

IGOR IVANOV

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD DE COOPÉRATION ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA FÉDÉRATION DE RUSSIE CONCERNANT LES PAIEMENTS VOLONTAIRES PAR LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE À DES PERSONNES AUTREFOIS CONTRAINTES À L'ESCLAVAGE ET AU TRAVAIL FORCÉ PAR LE RÉGIME NATIONAL-SOCIALISTE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Autriche et le Gouvernement de la Fédération de Russie, ci-après dénommés les " Parties contractantes ".

Reconnaissant que la dictature du régime national-socialiste et la guerre ont apporté la haine de l'étranger, l'absence de liberté, le racisme, la guerre et l'extermination et que le caractère exceptionnel et sans comparaison de l'holocauste appelle à une vigilance constante contre toutes les formes de dictature et de totalitarisme,

Convaincus que seul un esprit de justice et de réconciliation peut garantir une stabilité durable et une coexistence pacifique et sûre et que la connaissance et la perception des structures et des mécanismes du système inique national-socialiste doivent être transmises aux générations futures à titre de mise en garde pour l'avenir,

Animés du désir d'instaurer une coopération entre les Parties contractantes afin de garantir de manière générale et définitive, par un paiement volontaire de la République d'Autriche, une indemnisation aux personnes autrefois réduites en esclavage et contraintes au travail forcé par le régime national-socialiste sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche compte tenu de la responsabilité des entreprises concernées,

Reconnaissant que, par ce paiement volontaire de la République d'Autriche, une contribution appréciable est apportée à la réconciliation, la paix et la compréhension des peuples d'Europe,

Sont convenus de ce qui suit :

Article 1. Définitions

Aux fins du présent Accord,

1. Par " Fonds ", on entend le fonds constitué par la loi fédérale autrichienne (Gazette de Loi fédérale, Partie I, N 74/2000 du 8 août 2000) pour des paiements volontaires de la République d'Autriche aux personnes autrefois réduites en esclavage et contraintes au travail forcé par le régime national-socialiste (fonds de réconciliation).

2. Par "Fondation", on entend la Fondation nationale "Compréhension et Réconciliation" établi par le Gouvernement de la Fédération de Russie.

Article 2. Objet de l'Accord

Il incombera au Gouvernement fédéral autrichien d'effectuer, par l'intermédiaire de la Fondation, des paiements exceptionnels de 725 millions de schillings aux personnes phy-

siques qui ont été déportées par le régime national-socialiste sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche pour y être réduites en esclavage ou contraintes au travail forcé, et qui avaient la nationalité soviétique au moment de leur déportation et avaient leur résidence permanente dans la Fédération d Russie, en Lituanie et en Lettonie au 15 février 2000. Cette compensation s'applique également aux personnes qui avaient leur résidence permanente dans les anciennes Républiques de l'Union soviétique à l'exception de l'Ukraine, du Bélarus, de l'Estonie et de la Moldavie si elles ont été déportées des territoires constituant l'actuelle Fédération de Russie, de la Lituanie ou de la Lettonie.

Article 3. Principes du paiement

1. Les personnes autrefois réduites en esclavage ou contraintes au travail forcé par le régime national-socialiste et qui ont été déportées sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche seront considérées comme destinataires aux paiements si elles ne peuvent pas recevoir de compensation de la Fondation "Souvenir, Responsabilité et Avenir" de la République fédérale allemande, notamment :

(a) les personnes réduites en esclavage (105,000 schillings autrichiens)

(b) les travailleurs forcés dans l'industrie (35,000 schillings autrichiens)

(c) les travailleurs forcés dans l'agriculture (20,000 schillings autrichiens)

(d) les enfants et les mineurs déportés avant qu'ils aient atteint l'âge de12 ans ou qui sont nés pendant la période de travail forcé de leur mère sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche (chacun en conformité avec la catégorie des parents), et

(e) les travailleurs forcés de sexe féminin qui ont accouché dans des maternités pour les travailleurs de l'Est ou qui ont été forcés d'avorter (5,000 schillings supplémentaires) ou qui au moment de leur déportation étaient des ressortissants soviétiques et qui au 15 février 2000 avaient leur résidence permanente dans la Fédération de Russie, en Lituanie ou en Lettonie.

Cette compensation s'applique également aux personnes qui avaient leur résidence permanente dans les anciennes Républiques de l'Union soviétique à l'exception de l'Ukraine, le Bélarus, l'Estonie et la Moldavie si elles ont été déportées des territoires constituant l'actuelle Fédération de Russie, la Lituanie ou la Lettonie.

2. Les paiements sont strictement personnels et les demandes doivent être effectuées à ce titre. Les personnes dont la Fondation est en possession de documents complets et crédibles établissant qu'elles ont été réduites en esclavage ou qu'elles ont été des travailleurs forcés ne sont pas obligées de présenter d'autres demandes de paiement. Si une personne qui était habilitée à recevoir une compensation meurt le 15 février 2000 ou après, ses héritiers, selon la législation russe ont droit à la compensation.

3. Le demandeur doit prouver par une documentation appropriée ou établir de manière crédible qu'il est fondé à demander qu'un paiement lui soit versé. Au moment du versement du paiement, la personne doit faire une déclaration indiquant qu'elle renonce de manière irrévocable à toute réclamation à l'encontre de la République d'Autriche et des entreprises autrichiennes ou à l'encontre de la République fédérale d'Allemagne ou des entreprises allemandes. Le présent accord ne permet pas qu'un recours légal soit effectué.

4. Le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la Fédération de Russie doivent se communiquer, de manière séparée, les détails de l'arrangement concernant le versement et le volume des paiements.

Article 4. Principes du paiement

1. Les paiements doivent être effectués par l'intermédiaire du Fonds et sous l'égide de la Fondation. Les fonds seront versés en tenant compte des besoins et dans le plus court délai possible sur la base d'une liste de personnes remplissant les conditions exigées qui a été transmise à la Fondation et qui est vérifiée de manière aléatoire par le Fond conformément aux catégories mentionnées au paragraphe 1 de l'article 3.

2. Les paiements doivent être effectués en monnaie convertible (devise étrangère) au compte de la Fondation au sujet duquel le Gouvernement de la Fédération de Russie fournira au Gouvernement fédéral autrichien les informations demandées.

3. Le Gouvernement de la Fédération de Russie doit s'efforcer d'exonérer les paiements de tout droit, taxes ou redevances et de les transmettre à leur bénéficiaire sans aucune déduction et notamment de ne pas réduire la couverture de son système de sécurité sociale, du secteur des soins de santé et autre des personnes éligibles aux compensations du fonds.

4. La Fondation doit s'assurer que les personnes dont les demandes ont été rejetées puissent faire appel devant son conseil d'administration.

5. Afin de garantir la plus grande transparence dans la mise en uvre du présent Accord, une vérification internationale périodique appropriée des activités financières de la Fondation devrait être prévue dont le processus ferait l'objet d'un accord entre la Fondation et le Fonds. Les coûts y afférant devraient être assumés par le Fonds.

6. En effectuant les paiements des mesures doivent être prises pour garantir que les personnes éligibles et le public sont informées de manière appropriée des sources autrichiennes du Fonds et du but des paiements.

7. Les détails du versement des paiements devront être établis dans des accords entre le Fonds et la Fondation. Le principe de la couverture appropriée des coûts du personnel et du non-personnel encourus par la Fondation au moyen de la trésorerie du Fonds doit être également régi par ces accords. Des mesures continueront à être prises pour s'assurer que les paiements ne sont pas versés plusieurs fois pour un travail forcé qui aurait été effectué partiellement dans les deux domaines de compétence de la Fondation allemande et du Fonds.

Article 5. Protection des informations

1. La Fondation et le Fonds sont autorisés à se procurer, auprès des autorités et d'autres institutions publiques, les renseignements dont ils ont besoin pour s'acquitter de leur tâche. Ces renseignements ne sont pas communiqués si des dispositions particulières du droit l'interdisent ou si l'intérêt qu'à l'intéressé à ce que les renseignements soient tenus secrets l'emportent sur les intérêts légitimes de la Fondation ou du Fonds.

2. Les renseignements ainsi obtenus ne peuvent servir qu'aux fins définies par le présent Accord et les renseignements personnels concernant les demandeurs ne peuvent

servir qu'à la procédure de paiement. Ces renseignements peuvent être utilisés à d'autres fins si le demandeur y consent.

Article 6. Représentation

1. Le Gouvernement de la Fédération de Russie peut détacher un représentant auprès du conseil d'administration du Fonds en tant que membre.

2. Le Gouvernement de la Fédération de Russie veillera à ce qu'il soit permis aux personnes qui seront désignées par le Fonds de prendre connaissance des activités de la Fondation qui sont liées a l'exécution du présent Accord.

Article 7. Protection des droits

La Fédération de Russie ne présentera aucune autre réclamation envers la République d'Autriche et des entreprises autrichiennes en raison d'esclavage et de travail force sous le régime national-socialiste sur le territoire de l'actuelle République d'Autriche.

Article 8. Demandes par d'anciens ressortissants soviétiques en dehors de l'Accord

Le présent accord n'interdit pas à d'anciens ressortissants soviétiques ou russes ou de la Fédération actuelle de Russie qui ne relèvent pas du présent accord de présenter des demandes directement au Fonds.

Article 9. Entrée en vigueur

Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du mois qui suivra celui au cours duquel aura été remise la dernière notification par laquelle les Parties contractantes se seront informé de l'accomplissement des formalités de droit interne auxquelles il est subordonné.

Fait à Vienne, le 27 novembre 2000 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et russe, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Autriche:

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour le Gouvernement de la République de la Fédération de Russie:

IGOR IVANOV